



Rote Woche

Ausgabe 15/2014

Neuigkeiten der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken aus dem Wahlkreis Calw/Freudenstadt und aus Berlin



Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freunde,

zwei abwechslungsreiche Wochen im Wahlkreis und in Berlin liegen hinter mir, jetzt starte ich in eine nicht minder interessante Woche in den USA. Meine erste Dienstreise als Bundestagsabgeordnete führt mich in die USA, wo ich als Mitglied des Ausschusses Digitale Agenda sicher viele interessante Gespräche zum Thema Zukunft des Internet und Datenschutz führen werde. Zurück aus Amerika geht es dann nach einem kurzem Zwischenstopp in Berlin weiter nach Brüssel zu einem netzpolitischen Austausch mit Sozialdemokraten auf europäischer Ebene. Vor wenigen Tagen wiederum habe ich bei einer von der Computerzeitschrift „ct“ organisierten Netztalk-Podiumsdiskussion in Hannover unsere AG Digitale Agenda vertreten, um über die Netzpolitik der Bundesregierung zu sprechen. Auch außerhalb der Sitzungswochen bin ich also ab und an überregional unterwegs und kann dann nicht im Wahlkreis präsent sein. Umso mehr freue ich mich dann darauf, mal wieder zu Hause in meinem Nordschwarzwald zu sein.

Edvard Grieg trifft...das OHG Nagold

Einen Abendtermin ganz nach meinem Geschmack hatte ich am Mittwoch: Im beeindruckenden Kammermusiksaal der Berliner Philharmonie durfte ich einen tollen Konzertabend junger Schülensembles unter dem Motto „Edvard Grieg trifft...“ erleben. Mit dabei die Klasse 10a des Otto-Hahn-Gymnasiums (OHG) aus Nagold. Die SchülerInnen wurden mit ihrem Lehrer Matthias Wurster für eine im Musikunterricht erarbeitete Performance mit dem Titel „Edvard Grieg – Auf dem Weg zur Unsterblichkeit“ ausgezeichnet und in diesem Rahmen zum Preisträgerkonzert nach Berlin eingeladen. Dass ich mit meinem Berliner Team bei dieser kreativen und erfrischenden Interpretation des norwegischen Komponisten dabei sein durfte, hat mich sehr gefreut. Doch das Konzert in Berlin war „nur“ die Krönung für ein tolles Projekt, das in dieser Form zum ersten Mal am OHG stattgefunden hat. Innerhalb der jährlichen Musiktage für die fünften Klassen hat die Klasse 10a einen Workshop zu Edvard Grieg für die jüngeren SchülerInnen angeboten. Dabei wurden Informationen zum Leben und Werk des Künstlers erarbeitet. Was die „Fünfer“ zur Musik Edvard Griegs sagten, wurde gesammelt und mittels Zitaten in die Performance eingebaut.



Foto: Büro Saskia Esken



Foto: Büro Saskia Esken

Sehr gerne habe ich die Nagolder PreisträgerInnen am darauffolgenden Tag zu einem Gespräch mit anschließendem Besuch einer Plenardebatte im Bundestag empfangen. Hier hat es mich beeindruckt, wie weit das Wissen und die Wissbegierde der Jugendlichen zu gesellschaftspolitischen Themen reicht: von Fragen zu meinem Abgeordnetenalltag über die persönliche Betroffenheit durch G8 bis hin zur Geheimdienstaffäre um Edward Snowden und ihre Auswirkungen auf Bürgerrechtler und Politik. Gerne habe ich den SchülerInnen angeboten, mich einmal in meinem Wahlkreisbüro in Nagold zu besuchen und mich jederzeit bei Fragen und Anliegen zu kontaktieren.

Die Tarifaufonomie wird gestärkt

Am Donnerstag wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifaufonomie in den Bundestag eingebracht. Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren in weiten Gebieten vom Prinzip des sozialpartnerschaftlich verhandelten Ausgleichs entfernt. Immer weniger Betriebe sind in Deutschland tariflich gebunden. Das wollen wir ändern.

Durch die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung werden jetzt die Grundlagen zu mehr Tarifbindung und zu mehr Einkommensgerechtigkeit gelegt. Der Entwurf des Gesetzespakets, der unter anderem den Mindestlohn und die erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen regelt, liegt dem Bundestag jetzt zur Beratung vor und wird mit der Mehrheit von SPD und CDU/CSU auch beschlossen werden. Ab 1. Januar 2015 gilt deutschlandweit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für alle Branchen ohne Tarifvertrag eine Lohnuntergrenze pro Stunde von 8,50 Euro. Ab dem 1. Januar 2017 sind dann auch keine tarifvertraglich vereinbarten Stundenlöhne unter der Mindestlohngrenze zulässig.

Der Mindestlohn ist dabei nur eine sichernde Untergrenze, darüber kann sich die Tarifaufonomie frei entfalten. Außerdem wollen wir mit diesem Gesetzespaket auch die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern, damit Bereiche wie zum Beispiel der Einzelhandel wieder flächendeckend in Tarifbindung kommen.

Viel zu viele Menschen in Deutschland müssen zu unanständig niedrigen Löhnen arbeiten, der Niedriglohnsektor ist von der wirtschaftlichen Entwicklung regelrecht ausgenommen. Mit dem Mindestlohn setzen wir ein zentrales Wahlversprechen der SPD um. Er ist die untere Grenze, die die Würde des Menschen und seiner Arbeit respektiert. Arbeit hat in Deutschland ihren Wert.

Pau und Joost zu Gast im Ausschuss Digitale Agenda

Vor genau einem Jahr, am 6. Juni 2013, trat der Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden mit brisanten Dokumenten über die Arbeit der amerikanischen und britischen Geheimdienste an die Öffentlichkeit. Ein bis dahin beispielloser Überwachungsskandal zieht seither seine Kreise.

In den Medien wird tagtäglich über neue Enthüllungen, Datenlecks sowie die weite und für viele ungreifbare Welt des Internets berichtet. In den letzten Tagen stand auch die Datensicherheit in den Büros der Bundestagsabgeordneten im Fokus der Berichterstattungen. Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau, hat uns diese Woche im Ausschuss Digitale Agenda dazu Rede und Antwort gestanden. Pau sitzt der so genannten IuK-Kommission (Kommission für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien) im Bundestag vor, in welcher wir uns auf eine Änderung der bestehenden umstrittenen Regeln geeinigt haben. Bisher wurden die Verbindungsdaten in den Abgeordnetenbüros (Telefon und Internet) drei Monate lang gespeichert. Künftig sollen es nur noch sieben Tage sein. Außerdem sollen wir Abgeordneten in Zukunft selbst entscheiden, ob und über welchen Zeit-

raum die Bundestagsverwaltung ein Sicherheits-Backup unserer E-Mails und Dateien erstellt.

Ich begrüße die Transparenz, mit der nun hier vorgegangen wird. Allerdings sehe ich die vorgesehene Individualisierung auch kritisch: Vor dem Hintergrund der oben angesprochenen Enthüllungen

könnten viele Abgeordnete dazu neigen, auf eine Sicherung ihrer Daten zu verzichten. Doch praktisch ist es so, dass ein Backup schon so manchem von uns wichtige Dateien wieder beschafft hat. Noch wichtiger sind deshalb künftig auch die Informationen und Schulungen, die der Medien- und der Datenkompetenz der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter dienen. Der Ältestenrat muss nun die Vorschläge annehmen und im nächsten Schritt würde dann eine Änderung des Datenschutzes in der Geschäftsordnung des Bundestages eintreten.

Sehr gefreut habe ich mich über den Besuch von Prof. Dr. Gesche Joost im Ausschuss. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat Gesche Joost im März zum Digital Champion für Deutschland im Rahmen der gleichnamigen Initiative der Europäischen Kommission ernannt. Aufgabe der digitalen Botschafterin ist es, für eine Verbesserung des Zugangs zu digitalen Technologien sowie für die Erweiterung der Medienkompetenz zu werben und die EU-Kommission zu beraten. Joost hat sich in unserer Diskussion selbst als „Scharnierstelle zwischen Brüssel und Berlin“ bezeichnet. Darüber hinaus wird die Hochschulprofessorin aber auch den Austausch mit Kommunen und Unternehmen pflegen. Als Berichterstatte für digitale Bildung der SPD-Bundestagsfraktion habe ich Gesche Joost die Förderung von Medienkompetenz besonders ans Herz gelegt. Heutzutage verlangt nahezu jedes Berufsbild eine digitale/ technische Grundbildung; vom Paketboten, der von seinen Kunden elektronische Unterschriften benötigt, bis hin zum Ingenieur, der am Computer Berechnungen durchführt. Hier wird eine Bildung und Förderung der digitalen Kompetenzen gebraucht, die bereits in jungen Jahren in der Grundschule beginnen sollte.



Foto: Büro Saskia Esken

Calwer Delegation um Landrat Riegger empfangen

Als Wertschätzung und Interesse an meiner Arbeit in Berlin und für meinen Wahlkreis Calw/Freudenstadt habe ich den Besuch einer Delegation rund um den Calwer Landrat Helmut Riegger empfunden. Mit dabei der Nagolder Oberbürgermeister Jürgen Großmann, der ehemalige Neubulacher Bürgermeister und Kreisrat Siegfried Luz, mein Kollege in der SPD-Kreistagsfraktion Heinz Urbschat und Josef Schick von der Abfallwirtschaft AWG des Landkreises Calw. Die Delegation war zu einer Sitzung und Gesprächen im Bereich Abfallwirtschaft und Gebührenverordnung für zwei Tage in Berlin.

Ich konnte meine liebe Fraktionskollegin im Bundestag Annette Sawade aus Schwäbisch Hall als kompetente Gesprächspartnerin für diese Zusammenkunft im Reichstagsgebäude gewinnen. Als Vorsitzende des Unterausschusses Kommunales und als Mitglied des Verkehrsausschusses stand sie

uns vor allem zu verkehrspolitischen Themen in den Kommunen Rede und Antwort. Mit Zustimmung und Begeisterung wurde von der Delegation die für Herbst erstmalig geplante „Südkonferenz“ aufgenommen. Die südlichen Bundesländer sollen sich hierbei in Bezug auf Straßen- und Schienenbauvorhaben vernetzen. Beim (Aus-)Bau einer ICE-Strecke beispielsweise sind natürlich auch vorhandene und nicht vorhandene Zubringerstrecken zu beachten. Im Herbst soll es laut dem Verkehrsminister Alexander Dobrindt eine erste Veröffentlichung der Konzepte des Bundesverkehrswegeplans geben. Viele Unklarheiten in Bezug auf Finanzierungen, die auch meinen Wahlkreis betreffen, wie die Westtangente Pforzheim, lassen sich hiernach dann hoffentlich klären.

Wichtig war es mir, im Gespräch auch die Krankenhausfinanzierung im ländlichen Raum anzusprechen. Eine unlängst konstituierte Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat sich vorgenommen, sich über nötige und mögliche Reformen abzustimmen. Meine Kollegin Hilde Mattheis, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, hat mich in diesem Zusammenhang um Informationen zur Situation der Krankenhäuser in Calw und Nagold gebeten, um diese als beispielhaft für die ländlichen Räume in die Arbeit der Kommission einzubringen.

Wichtig war es mir, im Gespräch auch die Krankenhausfinanzierung im ländlichen Raum anzusprechen. Eine unlängst konstituierte Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat sich vorgenommen, sich über nötige und mögliche Reformen abzustimmen. Meine Kollegin Hilde Mattheis, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, hat mich in diesem Zusammenhang um Informationen zur Situation der Krankenhäuser in Calw und Nagold gebeten, um diese als beispielhaft für die ländlichen Räume in die Arbeit der Kommission einzubringen.



Foto: Büro Saskia Esken



Foto: Kira Segner

Gespräch mit Kanzleramtsminister Altmaier

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung war ich am vergangenen Freitag im Bundeskanzleramt. Im Gespräch mit Kanzleramtsminister Peter Altmaier betonte ich nochmals den Aspekt der Bildung für nachhaltige Entwicklung und verwies dabei auch auf die aktuelle Dekade der Vereinten Nationen zu diesem Thema. Mir ist es schließlich ein sehr wichtiges Anliegen, dass wir im Bereich der Unterrichts-, Schul- und Personalentwicklung ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit etablieren.

Erste Beratung über das Staatsangehörigkeitsrecht

Auch die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts wurde in dieser Woche im Plenum erstmals beraten. Auf Initiative der SPD haben wir mit dem Koalitionspartner einen praktikablen Vorschlag im Plenum vorgelegt. Die Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder soll explizit abgeschafft werden. Mit der Verabschiedung des Gesetzes würden wir nun endlich beginnen, das Staatsbürgerschaftsrecht an gesellschaftliche Realitäten und Notwendigkeiten anzupassen. Dies wäre ein großer Erfolg für die vielen jungen Menschen in Deutschland, die sich bisher gegen die Wurzeln ihrer Familie entscheiden mussten, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft nicht verlieren wollten.

Die SPD hat sich dafür stark gemacht, dass das im Koalitionsvertrag aufgeführte Merkmal „und aufgewachsen“ nicht zu einem riesigen, integrationsfeindlichen Bürokratiemonster führt. Der Kompromissvorschlag sieht nun eine betroffenenfreundliche Lösung vor, die bürokratischen Aufwand vermeidet und internationale Lebensläufe sowie die europäische Freizügigkeit berücksichtigt.

Die Optionspflicht, wie sie in Deutschland derzeit noch besteht, ist in Europa einzigartig. In keinem anderen europäischen Land müssen sich junge Menschen mit dem Erwachsenwerden zwischen zwei Staatsangehörigkeiten entscheiden. In Deutschland betrifft dieser Optionszwang derzeit noch alle seit dem Jahr 1990 in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern, die eine Übergangsweise doppelte Staatsbürgerschaft erworben hatten.

Mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf wird die Optionspflicht für hier geborene und aufgewachsene Kinder abgeschafft. Damit reißen wir uns endlich ein in die lange Liste europäischer Staaten, in denen die doppelte Staatsangehörigkeit für im Land geborene Kinder ausländischer Eltern auf Dauer und ohne spätere Entscheidung akzeptiert wird. Hierzu gehören unter anderem Großbritannien, Italien, Irland, Belgien, Portugal, Spanien, die Niederlande und Frankreich.

Stärkung des ländlichen Raums im Blick

„Möglicherweise war es ein Fehler, dass wir zuerst auf die Schiene gesetzt haben“, mutmaßte der Freudenstädter Landrat Klaus Rückert scherzhaft, als ich mich mit ihm traf. Der Kreis Freudenstadt profitiere selbstredend von der guten Bahnanbindung durch den „Freudenstädter Stern“. Leider fließen die Mittel für Straßenbaumaßnahmen wie beispielsweise die Anbindung Freudenstadts über Horb an die A 81 nicht so, wie es die politisch Verantwortlichen im Landkreis gerne hätten. Dabei halten sie den Ausbau des sogenannten Rauhen Sticks zwischen Freudenstadt und Horb als schnelle Anbindung zur Autobahn 81 für dringend erforderlich. Nur so könne verhindert werden, dass Freudenstadt als derzeit wirtschaftlich noch gut aufgestellter, aber ländlich strukturierter Raum, nicht zunehmend ins Hintertreffen gerät, erklärte mir der Landrat.



Foto: Ralf Recklies

Der Ausbau von Bundes- und die Instandsetzung von Landstraßen waren bei meinem Treffen mit Landrat Klaus Rückert ebenso Thema wie die Mittelverteilung zur Unterhaltung von Straßen, die künftige Entwicklung beim ÖPNV, die Zukunft des Freudenstädter Krankenhauses, der Ausbau des Breitbandnetzes oder die geplante Einrichtung eines Tierreservats in Nachbarschaft zum Nationalpark, das nicht zuletzt von Claus Schmiedel, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im baden-württembergischen Landtag, unterstützt wird. Landrat Klaus Rückert hat – und dies in vielen Bereichen sicher nicht unberechtigt – die Sorge, dass der ländliche Raum immer mehr ins Hintertreffen gerät.

Wo immer möglich, bin ich gerne bereit, gegen diese Entwicklung eine politische Allianz mit den Akteuren aller Ebenen zu bilden und mich dafür stark zu machen, dass der ländliche Raum vor allem bei infrastrukturellen Themen nicht abgehängt wird. Gerne stelle ich dabei auch die Querverbindungen zu den Betreuungsabgeordneten der SPD-Landtagsfraktion her. Für den Kreis Freudenstadt ist das die Tübinger Abgeordnete Rita Haller-Haid, für den Kreis Calw ist der Böblingen Abgeordnete Florian Wahl zuständig. Denn eins steht außer Frage: Nur gemeinsam sind wir stark, wenn es darum geht, unsere Ziele in den vielen kommunalen Arbeitsfeldern zu erreichen, in denen wir auf eine Kooperation und Unterstützung mit Bund und Land angewiesen sind.

Breitbandanschluss, Bildung und Bärenpark

Einen ersten Besuch als Bundestagsabgeordnete habe ich auch Bürgermeister Bernhard Waidele in Bad Rippoldsau-Schapbach abgestattet. Er macht sich - wie viele andere im ländlichen Raum - ernsthafte Sorgen um die Zukunft des örtlichen Schulstandorts, einer Werkrealschule. „Wenn die weiterführende Schule weg ist, dann fehlt den jungen Leuten der Bezugspunkt zum Ort“, sagte Waidele mit Sorgenfalten bei meinem Besuch in der Doppelgemeinde. Noch bis zum Ende des Schuljahres 2015/2016 werden die Klassen acht und neun der Haupt- und Werkrealschule, die seit dem Schuljahr 2012/2013 eine Kooperation mit Oberwolfach eingegangen ist, in dem Schulhaus oberhalb der Schapbacher Kirche unterrichtet. Wie es danach weitergeht ist offen. Die Voraussetzungen zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule erfüllen die Orte Oberwolfach und Bad Rippoldsau-Schapbach nicht. Waidele befürchtet daher, dass am Ort langfristig nur die Grundschule erhalten bleibt, obwohl an der Werkrealschule „eine hervorragende Arbeit geleistet wird“.

Nicht nur die Zukunft des Schulstandorts beschäftigt den Bürgermeister. Auch das geringe Gewerbesteueraufkommen, die sinkende Einwohnerzahl und die Überalterung der Bevölkerung – „mehr als 300 unserer 2150 Einwohner sind älter als 70 Jahre“ – sowie die

teilweise fehlende Infrastruktur bereiten Bernhard Waidele Kopfzerbrechen. Ebenso Ramon Kara, dem SPD-Vertreter im Gemeinderat, der mich bei meinem Antrittsbesuch im Rathaus der Doppelgemeinde begleitete. Er will vor allem erreichen, dass in der Kommune die Zahl der Anschlüsse an die schnelle Datenautobahn steigt. Bitter für die Kommune: Obwohl ein Glasfaserkabel mitten durch das Tal läuft, haben nur wenige Bürger im Hauptdorf einen Zugang zu schnellem Internet. Die Betreiber scheuen laut Waidele in der kleinen Kommune die Investitionen, um auch die Seitentäler anzuschließen. Ich bestärke die Kommune darin, bei diesem Thema nicht locker zu lassen und mit der Unterstützung durch öffentliche Fördermittel gegebenenfalls auch selbst aktiv zu werden. Schließlich ist eine Anbindung an das schnelle Datennetz heute als Da-

seinsvorsorge ebenso wichtig wie gut ausgebaute Straßen.

Der einzigartige Wolf- und Bärenpark, den ich schon bei anderer Gelegenheit besucht hatte, entwickelt sich offenbar gut, hat aber die erhoffte Besucherzahl von jährlich 100000

Gästen noch nicht erreicht. Der bronzene Bär, der einst vor der Liebenzeller Bank in meinem Wohnort Bad Liebenzell sein Zuhause hatte, hat hier inzwischen eine neue Heimat gefunden. Ich finde das gut, denn nie zuvor bekam dieser Meister Petz eine so große Aufmerksamkeit wie jetzt - alle Kinder haben große Freude an dem einzigen Bären, den man dort streicheln kann. Eine weitere Belebung des Wolf- und Bärenparks erhoffen sich Waidele und Ramon durch den Bau des Wolftalerlebnissradwegs, der vom Kreis Freudenberg mit Planungskosten von 150000 Euro unterstützt wird, und durch die Einbindung in das touristische Konzept rund um den Nationalpark. Große Hoffnungen für eine Belebung des (Tages-)Tourismus setzt Waidele dazu in den geplanten Panoramawanderweg, der auch zum Glaswaldsee führt.

Gute Präventionsarbeit seit 20 Jahren

Über die erfolgreiche Arbeit des Präventionsprojektes „Treffpunkt Sicher“ habe ich mich bei einem Besuch in Calw informiert. Es finde, dass der „Treffpunkt Sicher“, der 1993 als Pilotprojekt zur kommunalen Kriminalprävention gegründet wurde, einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit in Calw leistet. Als richtig, so Geschäftsführer Wolfgang Koesling und Marion Buck als Vorsitzende des Trägervereins, habe sich der Standort am ZOB für die Präsenz des Treffpunkt Sicher erwiesen. Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gerade am Calwer Bahnhof habe deutlich verbessert werden können – auch für die vielen Schülerinnen und Schüler, die täglich am ZOB ankommen und abfahren, ist der Polizeibeamte Wolfgang Koesling ein guter Ansprechpartner, wenn es auf dem Schulweg oder in anderen Bereichen Probleme gibt. Erfolgreich hat der „Treffpunkt Sicher“, unter dessen Dach Polizeibeamte, Polizeifreiwillige, der Polizeivollzugsdienst der Stadt Calw sowie Bürger zusammenarbeiten, laut Koesling und Jörn Hinrichsen, dem Leiter des Polizeireviers Calw, eine Aktion im Winterhalbjahr entwickelt. Durch die gezielte Präsenz von zwei bis drei Uniformierten bei Halloween-, Faschings- oder auch Abipartys sei es gelungen, Alkoholexzesse zu vermeiden und eventuelle Lärmbelästigungen oder Verschmutzungen im Umfeld der Veranstaltungen einzudämmen.



Foto: Ralf Recklies

Die Anlaufstelle im ZOB wird gerne auch von Bürgern für Beratungen zur Sicherung ihrer Wohnungen und Häuser genutzt. Laut Wolfgang Koesling wurden nach den jüngsten Einbruchswellen allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 150 bis 160 Beratungen durchgeführt. „Üblicherweise haben wir 90 bis 120 Beratungen pro Jahr“, ergänzte Koesling zum Vergleich.

Seuffer setzt auf eigene Forschung und Entwicklung

Die mehrfach für ihre innovativen Produkte ausgezeichnete Firma Seuffer ist international weiter auf Wachstumskurs. Mit rund 600 Mitarbeitern—400 davon am Stammsitz in Calw-Hirsau—gehört das Unternehmen als Zulieferer für die Automobil-, Lkw- und Hausgeräteindustrie zu den mitarbeiterstärksten Unternehmen im Landkreis Calw. Der Erfolg des Traditionsunternehmens fußt dabei auf einer seit der Gründung des Unternehmens im 18. Jahrhundert immer wieder bewiesenen großen Innovationskraft. Großen Wert legt die Firma Seuffer daher auf den Bereich Forschung und Entwicklung, wie mir der Geschäftsführer Willi Enderle bei einem Besuch des Unternehmens erläuterte.



Foto: Ralf Recklies

Für vier Forschungsprojekte hat das Unternehmen zuletzt über das Bundesforschungsministerium Fördergelder aus Bundesmitteln erhalten. Laut Enderle wichtiges Geld, um vorausschauend neue Technologien zu entwickeln, schon bevor ein konkreter Kundenauftrag dafür besteht. Schwierig gestaltet sich für das Unternehmen die Gewinnung von Fachkräften. Von daher setzt Willi Enderle große Hoffnungen darauf, dass durch die Hermann-Hesse-Bahn auch Mitarbeiter aus dem Großraum Stuttgart gewonnen werden können. Dabei geht es nicht nur um IngenieurInnen und andere Hochqualifizierte, sondern immer auch um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Produktion. Ich bin immer wieder aufs Neue beeindruckt davon, wie viele innovative Unternehmen es in unserer Region gibt und freue mich von daher schon auf die nächsten Entdeckungen, die ich in den kommenden Wochen und Monaten bei weiteren Firmenbesuchen sicher machen werde.

Es grüßt Euch

Eure

Saskia Esken

Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75205

Wahlkreisbüro
Turmstraße 18
72202 Nagold
Tel.: 07452-929999-1

E-Mail: saskia.esken@bundestag.de
www.saskiaesken.de
facebook.de/eskensaskia
twitter.com/eskensaskia